

Medienmitteilung von Alliance Sud vom 13. Dezember 2023

## **COP28: ein unterfinanzierter Schritt weg von fossilen Energien**

*Die Klimakonferenz in Dubai ist heute mit einer Einigung zu Ende gegangen. Während erstmals alle Staaten aufgerufen werden, zur Transition weg von fossilen Energien beizutragen, bleibt die Finanzierung für den Globalen Süden völlig unklar. Die Staaten im Globalen Norden stehen in der Pflicht, bis zur COP29 in Baku die benötigte Finanzierung bereitzustellen. Der gerechte Wandel wird ansonsten zur tragischen Illusion.*

Nach zwei Jahren Vorbereitung war die Hoffnung auf eine ambitionierte globale Bestandesaufnahme gross. Auch die COP-Präsidentschaft unter Sultan Al Jaber hat wiederholt beteuert, dass sie einen ambitionierten Abschluss anpeile. Während der Konferenz zeigten sich grosse Differenzen, aber der Druck stieg, den Ausstieg aus den fossilen Energien gemeinsam zu beschliessen. Der Schlusstext fordert nun neben dem Ausbau von erneuerbaren Energien erstmals die Staaten dazu auf, zur Abkehr von den fossilen Energien in Energiesystemen beizutragen: ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, mehr aber auch nicht.

«Das Momentum, den Ausstieg aus den fossilen Energien zu fordern, stieg aufgrund des engagierten Einsatzes von unzähligen Gemeinschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen aus aller Welt», betonen David Knecht und Stefan Salzmann, Experten von Faktenaktion und Beobachter vor Ort. «Leider entspricht der Beschlusstext aber bei weitem nicht der Dringlichkeit der Klimakrise: Die ärmsten Menschen, die bereits jetzt unter der Krise leiden, müssen weiter auf ambitionierten Klimaschutz warten.»

### **CO<sub>2</sub>-Gesetz setzt auf Kompensation statt Transition in der Schweiz**

Bundesrat Rösti hat in Dubai für die Schweiz die Forderung nach einem Ausstieg aus den fossilen Energien bis 2050 unterstützt. Dem muss der Nationalrat bei der Beratung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes nächste Woche Taten folgen lassen. Das Vorhaben, mehr als die Hälfte der zusätzlichen Anstrengungen bis 2030 durch die Kompensation im Ausland zu erreichen, ist der reichen Schweiz nicht würdig. Denn Auslandkompensationen sind [kein Ersatz für die Reduktion der Emissionen im Inland](#), wie Alliance Sud am Beispiel des ersten Programms in Bangkok diese Woche aufzeigte. Der Nationalrat muss das Gesetz nachbessern und insbesondere dem Bundesrat die Möglichkeit geben, die CO<sub>2</sub>-Abgabe nach oben anzupassen.

### **Finanzierung für den Globalen Süden reicht nicht aus**

Die grosse Schwäche des Konferenzbeschlusses ist die fehlende Verbesserung bei der Finanzierung für den Globalen Süden, damit der gerechte Wandel weltweit vorangetrieben werden kann. Eine umso grössere Herausforderung stellt sich damit für die nächste Konferenz, die im November 2024 in Aserbaidschan stattfinden wird: die Verhandlung des nächsten kollektiven Finanzziels zur Unterstützung des Globalen Südens bei der Umsetzung des Pariser Abkommens.

«Fehlende Finanzierung ist das grösste Hindernis für Staaten im Globalen Süden, einen gerechten Wandel in die Wege zu leiten, und die grösste Ungerechtigkeit für die ärmsten Menschen, die am stärksten von der Klimakrise betroffen, aber in keiner Weise dafür verantwortlich sind», erklärt Delia Berner, Klimaexpertin bei Alliance Sud, dem Kompetenzzentrum für internationale Zusammenarbeit und Entwicklungspolitik.

Daran ändert auch die Verabschiedung des neuen Fonds für Schäden und Verluste am ersten Konferenztage wenig, denn es bleibt viel zu unverbindlich für die Verursacherstaaten, in diesen Fonds einzuzahlen. Die Schweiz ist dabei fast der einzige Industriestaat, der dem Fonds noch keinen Rappen zugesprochen hat – und gleichzeitig lautstark fordert, andere sollen mehr bezahlen.

### **Zusätzliche Mittel auch für Klimaanpassung nötig**

Auch im Bereich der Anpassung an die Auswirkungen der Klimaerwärmung sind die Ergebnisse der Konferenz unzureichend. «Damit sich die ärmsten und verwundbarsten Länder an die negativen Folgen der globalen Erwärmung anpassen können, muss die Finanzierung der Anpassung durch die Industrieländer verdoppelt und der Anpassungsfonds gestärkt werden», stellt Christina Aebischer, Expertin von Helvetas und Beobachterin vor Ort, klar. Die Finanzierung der Anpassung muss aus öffentlichen Mitteln stammen und auf Zuschüssen, nicht auf Krediten basieren. Diese Mittel sollten zusätzlich zu den Budgets für die Entwicklungszusammenarbeit der Industrieländer bereitgestellt werden.

Hier ist auch die Schweiz gefordert, die spätestens an der nächsten COP ihre Beiträge wird ausbauen müssen.

#### Für weitere Informationen:

Alliance Sud, Delia Berner, Expertin für internationale Klimapolitik, Tel. 077 432 57 46, [delia.berner@alliancesud.ch](mailto:delia.berner@alliancesud.ch)

Fastenaktion, David Knecht, Verantwortlicher für Energie und Klimagerechtigkeit, Tel. 076 436 59 86, [knecht@fastenaktion.ch](mailto:knecht@fastenaktion.ch)

Fastenaktion, Stefan Salzmann, Verantwortlicher für Energie und Klimagerechtigkeit, Tel. 078 666 35 89, [salzmann@fastenaktion.ch](mailto:salzmann@fastenaktion.ch)

Helvetas, Katrin Hafner, Koordinatorin Media Relations, Tel. 044 368 67 79, [katrin.hafner@helvetas.org](mailto:katrin.hafner@helvetas.org)